

Sechs Jahrzehnte Widerstand der Tibeter

Morgen jährt sich der Tibetaufstand gegen die chinesische Besatzung zum 60. Mal. Während Peking heute eine Politik zwischen Entgegenkommen und Unterdrückung praktiziert, missbilligen manch junge Tibeter den kompromissbereiten Kurs der Exilregierung.

Stefan Welzel 9.3.2019, 05:00 Uhr



Es ist stets die gleiche Zeit im Jahr, in der in Lhasa ungewöhnlich viele Feuerlöcher aufgestellt werden. Das Sicherheitsdispositiv der Polizei in der tibetischen Hauptstadt erhöht sich ab Anfang März markant – und nicht wenige Beamte führen ein Löschgerät auf ihren Patrouillengängen gleich mit auf ihren Rücken. Der Grund: In den vergangenen Jahren haben sich weit mehr als 100 Tibeter aus Protest gegen die chinesischen Machthaber öffentlich selbst verbrannt. Auf den 10. März hin erhöht sich diese Gefahr deutlich, denn an jenem Tag jährt sich jeweils der Tibetaufstand von 1959. Morgen steht nun also ein rundes Jubiläum für ein Ereignis an, das Tibet, seine Bewohner und den Widerstand gegen die Volksrepublik China bis heute prägt.

Dass die chinesische Elite nervös ist, zeigt auch eine Massnahme von Mitte Februar. Ausländer sollen bis zum 1. April nicht mehr einreisen dürfen, was durch mehrere chinesische Reiseagenturen bestätigt wurde. Die notwendige Genehmigung werde erst ab diesem Datum wieder erteilt. Vor wichtigen politischen Treffen oder Jahrestagen hat Peking in der Vergangenheit ausländischen Urlaubern immer wieder den Zugang zu Tibet verboten.

Dalai Lama hatte Sympathien für den Kommunismus

Es brodelt bis zum heutigen Tag in dem zentralasiatischen Hochland, das im Frühjahr 1951 seine Eigenstaatlichkeit verloren hatte. Im Oktober davor marschierte die chinesische Volksbefreiungsarmee in Tibet ein. Zu Beginn von Pekings Hegemonie sympathisierte der junge, 14. Dalai Lama Tenzin Gyatsho noch mit den Idealen des Kommunismus. Einer von mehreren Beweggründen des Jugendlichen war die konservative tibetische Gesellschaftsordnung. «Die Reformbedürftigkeit des alten Systems mit seiner starren sozialen Hierarchie war ein drängendes Problem», sagt Karénina Kollmar-Paulenz, Tibet-Expertin und Direktorin des Religionswissenschaftlichen Instituts an der Uni Bern. Hinzu kam der Siegeszug sozialistischen Gedankenguts in vielen asiatischen Ländern. Der Kommunismus mit seinen Ideen von sozialer Gleichheit und gemeinsamem Eigentum wies viele verbindende Elemente mit dem Buddhismus auf. So waren nicht wenige Tibeter offen für die Rhetorik gegen Ausbeutung durch Fürste und Äbte. Auch der Dalai Lama begeisterte sich für fortschrittliche, moderne und linke Ideen. Dies sollte 1963 in der Deklaration einer demokratischen Verfassung für ein freies Tibet und sodann in ein Exilparlament mitsamt Exilregierung im nordindischen Dharamsala münden.

Nach dem Einmarsch 1950 verspielte Peking sukzessive jeglichen potenziellen Rückhalt aus der tibetischen Bevölkerung. Kulturelle und politische Repression sowie eine Landreform säte viel Unmut. Hinzu kam, dass es Peking mit der weitgehenden regionalen Autonomie Tibets nicht sehr ernst meinte. Mitte der 1950er-Jahre folgten erste grössere Aufstände in den osttibetischen Provinzen Kham und Amdo, die sich schnell ausbreiteten. Der amerikanische Geheimdienst CIA unterstützte den sogenannten Khampa-Widerstand im Geiste ihrer antikommunistischen «Containment»-Politik mit Waffen und Geld. Anfang März 1959 erfolgte eine Einladung seitens der Volksarmee an die Adresse des Dalai Lama, an einer Theateraufführung in deren Hauptquartier ausserhalb Lhasas beizuwohnen. Die politischen Eliten Tibets, die gegen China waren, hatten grosse Angst, dass das geistliche Oberhaupt entführt werden könnte. «Letztendlich waren diese Gerüchte aber wohl massiv übertrieben», erklärt Expertin Kollmar-Paulenz. Dennoch lösten sie den grossen Tibetaufstand letztlich aus. Mehrere zehntausend Tibeter fürchteten um die Sicherheit ihres religiösen Oberhauptes und zogen vor die Residenz des Dalai Lama, um ihn zu beschützen.

In den Tagen danach kam es zu weiteren Protesten und einer Zunahme der Spannungen. Schliesslich floh das geistliche Oberhaupt nach Indien ins Exil. Danach, am 19. März, brach der Konflikt in militärische Gewalt aus. Nur zwei Tage später endete der ungleiche Kampf zwischen Tibetern und China. Während und vor allem nach dem Aufstand sollen rund 90 000 Tibeter ums Leben gekommen sein. Es fanden öffentliche Hinrichtungen statt, Klöster und Tempel wurden zerstört.

Tibeterkommune wuchs in der Schweiz schnell an

Nach den Ereignissen im März 1959 flohen über 80 000 Tibeter ins Exil. Auch die Schweiz bot Hilfe an. Der Bundesrat sprach ein Asylkontingent von 1000 Personen. Ab Anfang der 1960er-Jahre kamen so etliche tibetische Familien in die Schweiz. Als eine der Letzten die Familie von Phuntsok Chokchampa. Der 52-Jährige reiste 1974 ein. «Und zwar mit Hilfe des Roten Kreuzes und per Losentscheid», so Chokchampa, heute Vizepräsident der Tibetergemeinschaft in der Schweiz. In dieser Zeit wuchs die Tibeterkommune in der Schweiz durch Familiennachzug auf rund 2000 Personen an. Expertin Kollmar-Paulenz erklärt die Sympathie der Schweizer mit den Tibetern auch mit der Faszination für deren Ruf als «friedfertige Menschen». Hinzugekommen sei der ausgeprägte Antikommunismus und die Genugtuung, mit der Hilfeleistung etwas gegen den Kommunismus zu unternehmen. «Und ein bisschen mag die Verbundenheit zu diesem Volk auch davon kommen, dass es ebenso in den Bergen zu Hause ist», so Kollmar-Paulenz.

In der Schweiz etablierte sich im Laufe der Jahrzehnte eine äusserst aktive Tibetergemeinschaft. «Seit 1995 haben wir ein lokales Parlament. Und wir sind in stetem und direktem Kontakt mit der Exilregierung in Dharamsala», sagt Chokchampa. 1996 stimmten die in der Schweiz lebenden Tibeter über ihre Politik gegenüber China und der Besatzung ab. Sie entschieden sich mit grosser Mehrheit für den vom Dalai Lama propagierten «Mittleren Weg». Dieser sieht die Autonomie innerhalb Chinas, nicht aber die vollständige Unabhängigkeit vor, wie sie inzwischen aber immer mehr junge Tibeter fordern.

Seit China nach den Olympischen Spielen 2008 die Repression wieder verstärkt hat, wächst einerseits der radikale Widerstand – unter anderem in Form von Selbstverbrennungen –, andererseits nehmen aber auch die Auswanderungszahlen zu. «In den letzten zehn Jahren ist unsere Gemeinschaft so auf über 8000 Mitglieder angewachsen», sagt Chokchampa zur neuen Migrationswelle von Tibetern in die Schweiz. Wie in Tibet selbst gibt es auch hier solche, die den explizit gewaltlosen Mittelweg des Dalai Lama und der Exilregierung unter Lobsang Sangay zumindest versteckt hinterfragen. «Aber letzten Endes beugen sich die meisten dem Vorschlag seiner Heiligkeit», so Chokchampa weiter.

Materieller Wohlstand kommt nicht überall an

Der Dalai Lama ist und bleibt die oberste Autorität für alle Tibeter und bildet damit das zentrale identifikationsstiftende Element. In den letzten 60 Jahren hat es China nicht geschafft, Tibet als Provinz in die Volksrepublik einzuverleiben, wie es sich die unterschiedlichen Führungen unter Mao Zedong bis Xin Jinping vorgestellt haben. Einer Angleichung an die Han-Mehrheitsgesellschaft verwehrt sich die Mehrheit der Tibeter. Sie wollen kulturelle, religiöse, sprachliche und zumindest teilweise politische Autonomie.

Die Überfremdung, inzwischen gesellen sich 7,5 Millionen Chinesen zu den rund 6 Millionen Einheimischen, wird als extrem empfunden. Allerdings muss man diese Zahlen mit Vorsicht geniessen – Angaben aus unabhängigen Quellen gibt es nicht. So oder so «zeigen sich die Tibeter aber resilient», sagt Kollmar-Paulenz. Gemäss der Wissenschaftlerin macht Peking fortlaufend den Fehler, «den Dalai Lama nicht als einende Autorität der Tibeter zu respektieren». Damit brächte sich China selbst um viele Sympathien. Da helfen auch teure Infrastrukturprojekte wie die 2006 eröffnete Eisenbahnverbindung nach Lhasa und ein erhöhter materieller Wohlstand nicht viel. Letzterer kommt durch den Zuzug vieler Tieflohn-Gastarbeiter sowieso nicht in grossem Stile bei der alteingesessenen Bevölkerung an.

Morgen gehen Tibeter in ganz Europa auf die Strasse

Auf den morgigen 10. März hin fürchtet Phuntsok Chokchampa am meisten die Gefahr einer Eskalation der Gewalt in Tibet. «Wenn es ausartet und zu Unruhen kommt, werden diese wohl sehr brutal niedergeschlagen.» Ohnmacht sei dabei das Gefühl, das den Bautechniker immer wieder heimsucht. Für China ist Tibet eine Problemprovinz, die es am liebsten mit einer Mischung aus Zuwanderung, Fortschrittsversprechen und Repression befrieden will. «Uns rennt die Zeit davon», sagt Chokchampa. Auf lange Sicht fürchtet er nicht nur die offene Gewalt durch den repressiven Staat, sondern den Verlust der tibetischen Lebensweise und Identität. «Die Dominanz der Chinesen ist ein kultureller Genozid.» Und er fordert: China solle die Tibeter als gleichwertige Ethnie innerhalb der Volksrepublik anerkennen und die Rechte der Minderheiten einhalten. Zudem habe die Umweltzerstörung in Tibet weitreichende Konsequenzen für die ganze Region um den Himalaja. Auch hier sieht Chokchampa Peking in der Verantwortung.

Für all diese Anliegen wird er, wie seine Landsleute in Tibet, morgen auf die Strasse gehen und protestieren. In ganz Europa finden Demonstrationen statt. Chokchampa reist eigens dafür zur grössten Kundgebung nach Brüssel. Im Gegensatz zu ihren chinesischen Berufskollegen werden die belgischen Polizeibeamten aber kaum mit Feuerlöschern unterwegs sein müssen.